

Martin Stöhr

# Waren aus jüdischen Siedlungen boykottieren?

I

Den irischen Gutsverwalter Charles Boycott zwan- gen ca. 1880 seine unfrei gehaltenen Bauern aufzu- geben: Sie arbeiteten nicht mehr, Geschäftsleute verweigerten ihm Verträge, er wurde gesellschaft- lich geächtet. Der Grund: seine maßlose Härte.

Arbeitnehmer/-innen ergreifen in Demokratien in- nerhalb des legitimen Streikrechts Boykottmaßnah- men, konkurrierende Firmen tun es gelegentlich oder Verbraucher/-innen wehren sich gegen mise- rabel entlohnte Billigprodukte. Im Kampf um Be- freiung boykottieren Unterdrückte ihre Unterdrü- cker. M. Gandhi und M. L. King sind berühmte Bei- spiele. Universitäten, Kirchen oder Solidaritätsgruppen in Nordamerika und Europa boykottieren Banken und Investoren wegen ihrer Geschäfte im Südafrika der Apartheid.

Die NS-Regierung ließ durch H. Himmler, J. Goe- bbels und J. Streicher am 1. April 1933 einen landes- weiten Boykott organisieren. Vor jüdischen Ge- schäften, Arzt- und Anwaltspraxen schmiereten SS- und SA-Leute Aufrufe: „Kauft nicht bei Juden!“ oder „Geht nicht zu jüdischen Ärzten und Anwälten!“ Juden wurden verletzt, durch Straßen gehetzt. Par- tei, Regierung und Medien sprechen gleichgeschal- tet von einer „Antwort auf die Gräuelmärchen“ im Ausland. Nur einzelne Nichtjuden boykottieren den Boykott.

II

Unterschiedliche Beispiele zeigen: Autoritäre Regi- mes „erledigen“ Boykotteure als politische Opposi- tion. Jeder staatlich und medial propagierte Boykott gegen eine als „Feind“ gebrandmarkte und diffa- mierte Gruppe bringt sich in die Nähe des 1.4.1933, der in der Reichspogromnacht 1938 und in der Ver- nichtung des europäischen Judentums endete.

Die Frage der Überschrift ist jedoch in der völlig polarisierten deutschen Debatte gegen Gleichgültig- keit oder Verzweiflung offen zu diskutieren. Viele Unterstützer Palästinas sparen sich die Mühe, die

komplexe Nahostsituation zu analysieren. Sie set- zen Apartheid in Südafrika mit der Politik Israels gleich. So wird der allein Schuldige gefunden. Man- che religiösen oder nationalen Fundamentalisten träumen von Großisrael, sie entdecken überall Anti- semitismus oder sprechen den Deutschen wegen ihrer Geschichte das Recht ab, Israel zu kritisieren. Es wird aber nicht Israel kritisiert, sondern be- stimmte Entscheidungen bzw. Nichtentscheidungen seiner Regierung.

Die UNO beschloss 1947 einen „arabischen“ Staat und gleichberechtigt einen „jüdischen“ Staat zu gründen. Wer einen gerechten Frieden unter- stützen will, ist auch hierzulande mitverantwort- lich, dass beide leben, dass das zum Glück schon existierende Israel nicht tödlich bedroht wird und dass Palästina als Staat zum Leben kommt. Nicht mehr und nicht weniger verlangen Völkerrecht und Menschenrechte.

III

Wer sich für einen Boykott von Waren aus jüdischen Siedlungen ausspricht, die oft durch falsche Her- kunftsbezeichnungen oder joint ventures getarnt sind, demonstriert: Israels Sicherheit wie die Paläs- tinas, also ein Verhandlungsfrieden und Gerechtig- keit, sind überlebensnotwendige Güter. Wer sich gegen Boykott ausspricht, fördert – auch unbeab- sichtigt – den Aberglauben, Waffen allein könnten eine anerkannte Koexistenz zweier Völker erzwin- gen oder sichern. Man sieht dann eher Antisemitis- mus am Werk (den es eindeutig gibt) als Besatzung und Siedlungsbau. Sie vor allem blockieren das pa- lästinensische Selbstbestimmungsrecht und helfen, Terrorismus und Hochrüstung zu füttern.

Dazu die Weltbank: „Die wenigsten Volkswirt- schaften standen je einem so umfassenden Aufgebot von Investitionshürden gegenüber: Die zahlreichen israelischen Straßensperrungen, abgesperrte Gebiete, zugangsbeschränkte Straßen und wachsende Sied- lungen haben die palästinensischen Gemeinschaf- ten in isolierte Bezirke zerteilt, was ihre Transport-

kosten erhöht und die Fähigkeit palästinensischer Betriebe zur Kostensenkung durch Massenproduktion einschränkt“. Wasser- und Baurechte unterliegen dem Recht des stärkeren, aber sehr verletzlichen Staates Israel, dessen Tod ein internationalisierter Terror will.

20 Prozent aller israelischen Exporte gehen in die EU, davon mehr als 2 Prozent aus Siedlungen. Das sind 15-mal mehr als die palästinensischen Exporte in die EU. Die EU erklärt schon seit 1973 israelische Siedlungen als „illegal“ und betrachtet deren Güter als „nicht aus Israel stammend.“ Sie verlangt gesetzlich eine „Kennzeichnungspflicht“. Einige Firmen und Staaten halten sich daran, andere gehen damit lax um oder umgehen sie.

Boycott bleibt eine freie Entscheidung von Menschen, Organisationen oder Gruppen, Dinge zu boykottieren. Sie wollen Unrecht nicht übersehen. Sie wollen Entfeindung fördern. Wissenschaftlichen oder menschlichen Austausch zu verhindern, gehört nicht dazu, sonst nähert man sich diktatorischen Reiseverboten.

Die Mehrheit der Israelis wie der Palästinenser will ein Ende des Konflikts und nicht in Geiselhaft der minoritären Hardliner beider Seiten genommen werden. Doch Angst, Hass und Resignation breiten sich in beiden Bevölkerungen aus, je länger der Konflikt ungelöst ist.

Ich frage: Beansprucht bewaffnete Gewalt deswegen ein Monopol zur Problemlösung, weil in der Erinnerung beider Völker sehr unterschiedliche Leidensgeschichten leben, weil man nur so meint, keine neuen Katastrophen zu erleiden? Sich unterschiedlich zu erinnern und gegenseitig wahrzunehmen, hilft Vertrauen zu bilden. Kleine, gewaltfreie Zeichen – zugunsten der jeweils anderen Seite! – machen darauf aufmerksam: Es gibt gesprächsfähige Andere. Nach dem erneuten, massenhaften Beschuss Israels mit Hamas-Raketen und der israelischen Antwort ist meine Verzweiflung noch größer geworden, dazu aber auch meine Kritik am wachsenden deutschen Export leichter und schwerer Waffen nicht nur in arabische Länder. Aufhören, nachzudenken will ich nicht: Dass Israel in Frieden und Sicherheit leben kann und das palästinensische Volk in Selbstbestimmung und Sicherheit.

Martin Stöhr

em. Professor für moderne Kirchengeschichte an der Universität in Siegen



## Auslandsdienst Weltweit

An etwa 100 Orten weltweit befinden sich mit der EKD verbundene evangelische Gemeinden, in die die EKD Pfarrerinnen und Pfarrer entsendet. Hier finden Menschen deutscher Sprache, die vorübergehend oder dauernd im Ausland leben, eine religiöse und kulturelle Heimat.

Das Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sucht zum **1. August** bzw. **1. September 2015** für die Dauer von in der Regel **sechs** Jahren

### Pfarrerinnen / Pfarrer / Pfarrerpaare

die im Ausland tätig sein möchten.

Es handelt sich um folgende Stellen:

- **Dublin** (Kennziffer 2059)
- **Edinburgh** (Kennziffer 2060)
- **Oslo** (Kennziffer 2061)
- **Gran Canaria** (Kennziffer 2062)
- **Lissabon** (Kennziffer 2063)
- **Madrid** (Kennziffer 2064)
- **Moskau** (Kennziffer 2065)
- **Nairobi** (Kennziffer 2066)
- **Melbourne** (Kennziffer 2067)
- **Peking** (Kennziffer 2068)
- **Abuja/Lagos** (Kennziffer 2069)

Unter [www.ekd.de/international/auslandsdienst/stellenausschreibungen.php](http://www.ekd.de/international/auslandsdienst/stellenausschreibungen.php) erhalten Sie die Ausschreibungsunterlagen und ausführliche Informationen über die jeweilige Pfarrstelle. Bitte geben Sie die entsprechende Kennziffer ein. Gern können Sie Bewerbungen für mehrere Gemeinden einreichen.

Gesucht werden Pfarrerinnen / Pfarrer / Pfarrerpaare mit öffentlich-rechtlicher Anstellung in einer der Gliedkirchen der EKD und mehrjähriger Erfahrung in der Leitung eines Gemeindepfarramtes.

Für weitere Informationen steht Ihnen Frau Heike Stünkel-Rabe (Tel. 0511/2796-126, E-Mail: [heike.stuenkel-rabe@ekd.de](mailto:heike.stuenkel-rabe@ekd.de)) zur Verfügung.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte **bis zum 1. Oktober 2014** an:

**Evangelische Kirche in Deutschland  
Kirchenamt der EKD / HA IV  
Postfach 21 02 20  
30402 Hannover  
E-Mail: [TeamPersonal@ekd.de](mailto:TeamPersonal@ekd.de)**